



# Presseinformation

Wiesbaden, den 16. April 2010

## **Tierschutzbeauftragte fordert Verbot bestimmter Wildtierarten im Zirkus**

Die Hessische Tierschutzbeauftragte Martin fordert erneut von der Bundesregierung endlich ein Verbot bestimmter Wildtierarten im Zirkus.

Martin erklärte dazu: „Der Bund muss endlich handeln und dem wiederholten Votum des Bundesrates folgen. Die nicht artgerechte Wildtierhaltung im Zirkus gehört beendet. Langjährige Erfahrungen zeigen, dass die bestehenden Regelungen zum Schutz von Tieren bei einigen Wildtierarten nicht greifen“. Eine art- und verhaltensgerechte Unterbringung unter den besonderen Bedingungen eines reisenden Zirkusunternehmens sei praktisch nicht möglich.

„Die Tiere verbringen einen Großteil ihres Lebens in engen Transportwagen“, so Martin weiter. Schon dadurch seien Bewegung und artgemäßes Verhalten extrem eingeschränkt. Aber auch am Gastspielort sei der Aufbau tier(schutz)gerechter, ausbruchssicherer Gehege wegen der Notwendigkeit zur fortwährenden Mobilität in der Regel nicht realisierbar. „Die Folgen für die Tiere sind schwerwiegend, Verhaltensstörungen keine Seltenheit“, führte die Tierschutzbeauftragte aus. Hiervon besonders betroffen seien Affen, Elefanten, Giraffen und Bären. „Man muss sich vor Augen halten, dass diese Tiere sehr komplexe, intelligente Lebewesen sind, die unter der nicht artgemäßen Lebensweise erheblich leiden. Hiermit muss jetzt endlich Schluss

sein! Andere EU-Mitgliedstaaten wie Luxemburg, Österreich, Bulgarien oder skandinavische Länder haben schon längst die gesamte Wildtierhaltung im Zirkus verboten oder sie deutlich eingeschränkt, England steht kurz davor.“

Die häufigen Zwischenfälle mit ausgebrochenen Zirkustieren, die zu Personen- oder Sachschäden führen, zeigen aber nach Auffassung von Martin auch, dass die öffentliche Sicherheit durch Zirkusse immer wieder gefährdet wird. „Jeden Halter eines Pit-Bulls belegt man deutschlandweit mit hohen Sicherheitsauflagen, Zirkusse halten oft aufgrund der Mobilität für gefährliche Wildtiere nicht einmal die Sicherheitsstandards der Zoos ein - und das, obgleich sie zentral mitten in den Städten stehen“, so Martin. „Offensichtlich reichen verletzte Polizeibeamte und zertrampelte Kinderspielplätze nicht aus, um dem Bund zu bewegen, für mehr Tierschutz und mehr Sicherheit zu sorgen. Die Kommunen werden mit diesem Problem und seinen daraus resultierenden Kosten allein gelassen.“

\*\*\*\*\*